

Einführung: Demokratienotstand - globalisierungskritische Zugänge

1 Anlass und Zweck dieser Einführung

Wie demokratisch ist unser politisches System? Hält die vielbeschworene Variante „repräsentative Demokratie“, die im öffentlichen Diskurs gerne mit „der“ Demokratie in eins gesetzt wird, noch, was sie versprochen hat: Gleiche Teilhabe am politischen Prozess unter Angleichung der sozialen Lebensverhältnisse? Aufgrund dieses Ideals gilt Demokratie in zahlreichen, besonders den westlich geprägten, Ländern als die zu erreichende Norm. Kritischen BürgerInnen und den außerparlamentarischen Bewegungen ist aber schon lange bewusst: Viele der tatsächlich getroffenen Entscheidungen führen in die Gegenrichtung. Inzwischen ist diese Fehlleistung unseres politischen Systems Bestandteil des öffentlichen Diskurses und laut Umfragen bei 4/5 der Bevölkerung fest im Bewusstsein verankert.

Churchill bezeichnete die Demokratie einst als „die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von denen, die wir schon vorher ausprobiert haben.“ Demokratie, auch und gerade die repräsentative, parlamentarische Parteiendemokratie, bedarf offenbar der fortwährenden Reflexion und Erneuerung, um die eigenen Ansprüche erfüllen zu können. Attac hat schon bei der Gründung die „demokratische Kontrolle“ von Politik und Wirtschaft zu seiner zentralen Forderung erhoben. Die Projektgruppe Demokratienotstand hält es daher für dringend geboten, dass wir uns aktiv an den Such- und Entwicklungsprozessen zur Stärkung des Demokratischen in unserem Gesellschaftssystem beteiligen.

Die vorliegende Einführung soll eine Diskussionsgrundlage darstellen und versucht, das facettenreiche Thema in seinen Abhängigkeiten und Konsequenzen in machbarer Kürze zu umreißen. Es handelt sich um eine – freilich unvollständige – Zusammenstellung wichtiger Aspekte, die von unterschiedlichen AutorInnen möglichst kurz und pointiert ausgearbeitet wurden und in der Regel ihre persönliche Sichte wiedergeben. Zudem konnten leider nicht alle geplanten Abschnitte rechtzeitig fertiggestellt werden – eine Übersicht der fehlenden Punkte findet sich am Schluss des Dokuments. Wir freuen uns über Korrekturen, Änderungen und Ergänzungen, die (bitte in Form fertiger Formulierungen) weiterhin in das Papier einfließen können.

Vorschläge bitte per Mail an demokratie-pg@attac.de.

3 Demokratie & Neoliberalismus

Demokratie und Einführung/Stärkung freier Marktwirtschaft gehen meist Hand in Hand. Doch zielt die neoliberale Wirtschaftstheologie (Hobsbawm) auf entpolitisierte Marktgesellschaft und ist damit strukturell antidemokratisch. Ihre Ziele bestehen in der größtmöglichen Ausbeutung und Inwertsetzung möglichst vieler Lebensbereiche bei gleichzeitig optimalem Outsourcen von Kosten. Diese Profitlogik installiert das Recht des Stärkeren auf globaler Ebene. Innerhalb eines neoliberalen Welthandelssystems sind die

Formen der politischen Systeme letztlich egal, solange Rohstoffzufuhren und Absatzmärkte gesichert sind.

Ein weiteres Kennzeichen neoliberaler Globalisierung sind Konzentrations- und Zentralisationsprozesse. Ökonomische Macht liegt immer mehr in den Händen weniger. Mit Hilfe der Freihandelsideologie wurden die weltweiten Märkte für die gesamte Wirtschaft unter Fehlen demokratischer Kontroll- und Einflussmöglichkeiten geöffnet. Nationalstaaten stehen im Wettbewerb um Standortvorteile und richten ihre Politik unter gewaltigen Umverteilungen auf die Profit- und Wachstumsziele multinationaler Konzerne aus. Einerseits werden dadurch auf internationaler Ebene Regeln und Verfahren geschaffen, welche sich den nationalstaatlichen Einflüssen weitgehend entziehen. Andererseits wird durch die ungehemmte neoliberale Marktfreiheit keinerlei Kontrolle auf die international agierenden Konzerne und Trusts ausgeübt. Beide Phänomene haben das Ergebnis, dass nationalstaatlich-demokratische Gesetzgebung ausgehebelt wird und auf supranationaler Ebene undurchschaubare Entscheidungen durch demokratisch nicht legitimierte Netzwerke entstehen. Die Ökonomisierung der gesamten Politik führt auch dazu, dass sich das Handeln von Parteien und Politikern immer mehr auf „Sachzwänge“ bezieht und auf wirtschaftliche Effizienz ausgerichtet wird. Begleitet durch massive Lobbyeinfüsse wird somit nicht mehr den politischen Interessen der Mehrheit sondern der von wirtschaftlichen Interessengruppen gedient. Somit führt diese Art von Globalisierung zu weitgehend rechts- und kontrollfreien Räumen im internationalen Maßstab und zur Zerstörung der demokratischen Errungenschaften, die durch die bürgerlichen Revolutionen und dann auch im 20. Jahrhundert durch die Arbeiterbewegung erkämpft worden waren. Die – vielfach noch ideologisch gestützte - staatliche Selbstentmachtung, während gleichzeitig die Subventionen sowie Folgekosten des neoliberalen Wirtschaftens sozialisiert werden, grenzt politische Spielräume massiv ein und sorgt für die Zerstörung öffentlicher Sozialsysteme und Infrastrukturen. Auch die Entkernung der Demokratie und schrittweise Beseitigung bürgerlicher Rechte sind Kennzeichen dieser Art von Globalisierung.

5. Repräsentative Demokratie in Deutschland

Demokratie ist ein Projekt der Selbstbestimmung von menschlicher Gemeinschaft und beruht auf gleichen Rechten und politischer Teilhabe. Beide Versprechen der Demokratie werden aktuell nicht eingelöst. Die Wurzeln des Wortes „Demokratie“ kommen aus dem Griechischen. „Demos krates“ heißt soviel wie „das Volk herrscht“. Auch das Grundgesetz bezieht sich auf den Souverän als oberste Instanz, indem es festschreibt, dass alle Staatsgewalt vom Volk ausgehen soll. In einer funktionierenden repräsentativen Demokratie werden durch Wahlen Repräsentanten des Souveräns bestimmt. Diese Politiker sind Dienstleister auf Zeit und werden dafür aus Steuergeldern bezahlt. In einer Demokratie ist es möglich, diesen „Untergebenen des Souveräns“ den Vertretungsvertrag wieder zu kündigen, wenn sie nicht im Sinne des Gemeinwohls handeln. Viele....

In Deutschland ist das anders: Es gibt keine Verfasstheit, die sich die Rechtsgemeinschaft selbst gegeben hat. Was man uns heute aber allgemein als Demokratie verkauft, sind die Spielregeln, die Eliten zur Sicherung ihres Machterhaltes festgelegt haben. In Deutschland

ist es bezeichnend, dass allein der Bundestag – ohne Beteiligung der BürgerInnen – die Verfassung ändern kann. Er hat das Monopol – die Bevölkerung ist ausgeschlossen. Auch freie Wahlen finden nicht statt, da der größte Teil der zur Wahl stehenden Personen bereits im Vorfeld durch Parteien vorbestimmt wird. Die Bürgerinnen und Bürger haben zu den eigentlichen EU-, Bundes- und Landtagswahlen aber in Wirklichkeit keine Chance, Personen nicht zu wählen, die von den Parteien gesetzt wurden. In Deutschland haben die Parteien das Monopol auf die Bestimmung der politischen Repräsentanten. Viele der Mandats- und Amtsträger, die sich tatsächlich dem Bürgerwillen und den Bürgerinteressen verpflichtet fühlen und entsprechend handeln wollen, werden oft von ihren Parteipräsidiien und Karrieristen in ihrer Partei marginalisiert und ausgebootet. Das führt u.a. dazu, dass Politiker sich eher weniger den BürgerInnen des eigenen Wahlkreises als ihren Parteistrukturen verpflichtet fühlen. Dieser Umstand führt zu einer Legitimationskrise.

Die Debatte um diese Legitimationskrise des deutschen Parteiensystems wurde in der BRD bereits in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts geführt, und bereits seit den 80er Jahren ist von einer wachsenden Parteienverdrossenheit die Rede. Die Debatte ist also keine neue und liegt u.a. in der Struktur unserer Parteiendemokratie begründet.

Zunehmend werden politische Entscheidungen am Willen der Bevölkerungsmehrheit vorbei getroffen. Laut Umfragen beklagen achtzig Prozent der Bevölkerung, dass ihre Interessen von der Politik nicht ausreichend berücksichtigt werden. Drei Viertel der Bevölkerung haben ein niedriges bis sehr niedriges Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Politik. Der Deal mit den großen Energiekonzernen zur Laufzeitverlängerung der Atommeiler, die sogenannte Bankenrettung, die Kriegseinsätze und die Privatisierung der Bundeswehr, Stuttgart 21 und das Geschacher um Bahnimmobilien oder zahlreiche lokale Privatisierungsprojekte – überall wird deutlich, dass die repräsentative Demokratie nicht funktioniert, da die Repräsentanten eben nicht im Interesse der Bevölkerung entscheiden bzw. deren Mehrheitsinteresse repräsentieren.¹

Man braucht kein Wissenschaftler zu sein, um einen allgemeinen Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Institutionen bzw. eine (zunehmende) Entfremdung zwischen Bürger/innen und Politik festzustellen. In dem Maße, in dem die Politik ihre Macht selbst abgegeben hat, hat es eine Verlagerung der Macht- und Entscheidungszentren auf Wirtschafts- und Medieneliten gegeben. Mächtige Oligopole haben sich, unterstützt und gedeckt durch die Deregulierungspropaganda, mit ihrer einzelbetrieblichen Unternehmenslogik gegen gesamtwirtschaftliches Denken oder – allgemeiner ausgedrückt – gegen das Wohl und die Interessen der Allgemeinheit durchgesetzt.

¹ Weitere Beispiele, die in unserer Gruppe zusammengetragen wurden: Privatisierung der Telekom, der gelben Post, der Bahn, des Bildungs- und des Gesundheitswesens; der vorgeschobene Sicherheitswahn, die Vorratsdatenspeicherung, die sogenannte zivil-militärische Zusammenarbeit; die Deals mit der Autoindustrie zu großvolumigen Luxuslimousinen mit hohem Benzinverbrauch, die Verhinderung eines Tempolimits auf Autobahnen; ...

Nach dem Grundgesetz drückt die Bevölkerung ihren Willen in Wahlen und Abstimmungen aus. Letzteres wird den Menschen seit Jahrzehnten vom Bundestag selbst vorenthalten. Zu Sachentscheidungen werden die Bürgerinnen und Bürger nicht beteiligt. .

Wenn Parteien eine solche Machtstellung haben, wie sie sie in unserem derzeitigen System besitzen, kann unmöglich Demokratie gedeihen und wachsen. Im Sinne von wirklicher Demokratie muss also darauf hingewirkt werden, dass die Macht der Parteien begrenzt und die Möglichkeiten zu direkter Demokratie gestärkt wird. Der politische Diskurs muss wieder stärker an die Lebenswelt der Menschen herangeführt werden² .

Dabei geht es aber nicht um eine antiparlamentarische Diskussion, sondern um die Überwindung der Fixierung auf ein formalisiertes, fehlgesteuertes parlamentarisches System, das substantiell immer stärker den Interessen der Eliten untergeordnet wird.

6. Lobbyeinfluss

Die politische Gleichheit der BürgerInnen eines Staates ist ein fundamentaler Grundsatz der Demokratie. Der Gleichheitsgedanke wird durch die formell oder informell privilegierte Stellung und durch unverhältnismäßig starke Einflusschancen bestimmter Personen und Gesellschaftsgruppen im Politikprozess untergraben.

Lobbyismus gibt es seit es Politik gibt, er hat für die Politik eine informierende Funktion. Er wird dann zur Gefahr für die Demokratie, wenn Lobbystrategien zum Zweck gezielter Manipulation und der Verschleierung politischer Sachverhalte eingesetzt werden, wenn Lobbying intransparent ist oder die Politik und Verwaltung dem Diktat finanzstarker Wirtschaftsakteure gehorchen und das Gemeinwohl der Bevölkerung aus den Augen verlieren. Ob es bereits ausreichen würde, VertreterInnen von Verbänden und NGOs als „Gegenlobby“ zu stärken, ist sehr umstritten.

Abgeordnete von Parlamenten sind nur ihrem Gewissen verpflichtet, Bürokraten der öffentlichen Verwaltung handeln nur im Auftrag des Staates (bzw. der jeweiligen staatlichen Institution). Diese Grundsätze werden von den politischen EntscheidungsträgerInnen und der Exekutive immer wieder verletzt. Wichtig erscheinen daher institutionalisierte Kontrollinstrumente, um intransparentem und illegitimem Lobbying vorzubeugen. Karenzzeiten für PolitikerInnen vor dem Übertritt in die Wirtschaft, striktere Zugangsregulierungen zu staatlichen Organen und den nachgeschalteten Behörden, Spendendeckelungen und ein Lobbyregister sind erste wichtige Maßnahmen, um den Politikprozess transparenter und demokratischer zu machen. Es bedarf darüber hinaus einer politischen Kultur, in der unlauteres Lobbying als Angriff auf die Demokratie gesehen wird. Medien und die Zivilgesellschaft müssen dabei ihre Rolle als Kontrollinstanzen gegenüber Politik und Wirtschaft stärker wahrnehmen.

Perspektivisch sollte ein Prozess in Richtung einer Wirtschafts- und Politikordnung angestoßen werden, in der Lobbyismus seine grundlegende Bedeutung der politischen Einflussnahme verliert. Die Abkehr von renditeorientiertem in Richtung eines

² Nach Art 21 Abs. 1 S. 1 des Grundgesetzes wirken die Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes mit; sie haben also kein Recht, den Volkswillen durch ihren eigenen Willen zu ersetzen.

gemeinwohlorientierten Wirtschaftens sowie politische Entscheidungsverfahren, die eine gleichberechtigte Beteiligung der BürgerInnen sicherstellen, würden Lobbyismus überflüssig machen und der Entdemokratisierung der Politik entgegenwirken.

7. Privatisierung

Die soziale Kontur und der Zusammenhalt einer Gesellschaft hängen sehr eng mit der Existenz öffentlicher Institutionen und mit dem Anspruch der/des Einzelnen auf Leistungen der Daseinsvorsorge zusammen. Die Verpflichtung der Politik auf die Verfassung wird zweifelhaft, wo die Regierenden die Mittel aus der Hand geben, mit denen der „soziale und demokratische Rechtsstaat“ (Art. 20 GG) real wirksam werden kann. Die Institutionen der Daseinsvorsorge und die in öffentlicher Hand befindlichen Unternehmen sind darüber hinaus Grundlage einer gesellschaftlichen Einflussnahme, welche eine gewisse Steuerung makroökonomischer Prozesse im Interesse der Allgemeinheit erlaubte, in ihrer Wirkung auch dem sozialen Ausgleich diene sowie nicht zuletzt der Industrie – oft genug gegen ihre kurzfristigen Interessen – die nötigen Fachkräfte ausbildete. Eine solidarische Krankenversicherung, eine ausreichende Absicherung bei Arbeitslosigkeit und ein auskömmliches Einkommen im Alter sind nicht nur ein materieller Besitzstand, sondern sie gewähren dem Individuum eine gewisse Freiheit von Angst. Diese Freiheit ist eine notwendige Voraussetzung für menschliche Würde, für gesellschaftliches Engagement, für zivilisierten Umgang miteinander, für Solidarität und politische Kultur. Die Gemeingüter sind viel zu wichtig, um sie dem privaten Gewinnstreben zu überlassen. Gegen den Ausverkauf der Gemeingüter setzen wir die Forderung nach einer wirksamen demokratischen Kontrolle: Demokratisieren statt Privatisieren .

Doch auch außerhalb der „üblichen“ Institutionen der Daseinsfürsorge werden gesellschaftliche Verhältnisse in starkem Maße über Innovationen der Privatwirtschaft gestaltet. Die Entscheidungen und Entwicklungsrichtungen, über die dort befunden wird, binden die gesellschaftlichen Entwicklungen oft über Jahrzehnte hinweg, womit unsere gemeinsame Lebensweise weitreichend festgelegt wird . Dies ist aber nicht im Sinne des Gemeinwohls. Die Konsequenz der Erkenntnis dieses Zustands liegt eigentlich auf der Hand: Politik und der politische Diskurs müssen wieder stärker an die Lebenswelt der Menschen herangeführt und der Bereich des Öffentlichen ausgeweitet werden.

10. Bildung

Bildung darf nicht nur im Kontext von Schulbildung betrachtet werden, die uns fit machen soll für den Arbeitsmarkt ganz im Sinne von Bologna – Schneller, höher, weiter. Bildung ist viel mehr ein Emanzipationsprozess, der kritisches Nachdenken, Reflektieren und Agieren schult. Deshalb müssen wir achtsam sein, wer unsere Bildung warum verändert, ausverkauft oder effizienter gestaltet.

Wenn sich die schulische Ausbildung immer mehr an den Arbeitsmarkt anpasst und aufhört die individuelle Entwicklung von Schülerinnen und Schülern zu berücksichtigen, wenn die Bundeswehr oder andere Unternehmen in den geschützten Raum der Schule

eingreifen und für ihre Interessen werben, wenn Bildung nur noch dann interessant ist, sofern sie den Elite-Stempel trägt und Privatschulen- oder Universitäten weiterhin staatlich gefördert werden, dann ist Bildung kein demokratisches Gut mehr, sondern nur ein Spielball der Mächtigen.

Es geht schon lange nicht mehr darum, allen gesellschaftlichen Schichten ab Beginn der 1. Klasse chancengleich eine gute Bildung zu garantieren. Es wird aussortiert. Die Schlechteren bleiben schlechter und die Besseren werden besser. Schlechtere mit Besseren zusammen länger lernen zu lassen würde die Besseren schlechter machen und das entspräche natürlich nicht den Vorstellungen der Gymnasialzeitverkürzung von 9 auf 8 Jahre, nicht den Firmen, die für jeden Beruf das Abitur einfordern und auch nicht den Eltern und Familien, die ihren Kindern bewusst seit dem Kindergarten Nachhilfe in Fremdsprachen und Philosophie gewähren.

Längst wird im Bildungsbereich privatisiert und ausgelagert. Nachhilfe ist mit einem Jahresumsatz von mindestens 1 Milliarde Euro und jedem achten Kind (in allgemeinbildenden Schulen) als Kunde/-in ein eigener Markt geworden. Bildung kann man nun in Häppchen kaufen. Ebenso verhält es sich mit PPP-Gebäudesanierungen, Excellence Clustern, dem Deutschlandstipendium und den Studiengebühren.

Es scheint manchmal so, als laufe der Verkauf mit der Bildung so gut, dass man auf staatliche Bildung und Investitionen gar nicht mehr angewiesen sei. Gefördert wird von denen, die damit gleich Nachwuchskräfte rekrutieren können oder den Stand (seit Gutenberg ja ein reanimierter Begriff) ihrer Kinder bekräftigen oder verbessern wollen.

Was auf der Strecke bleibt ist der o.g. Emanzipationsprozess vom Kind zum mündigen Bürger. Schule übernimmt ganz klar eine Sozialisationsaufgabe und einen Erziehungsauftrag, ist aber eigentlich nur noch am Lückenstopfen bei Lehrern, Materialien und Räumen. Wo bleiben aber Fähigkeiten, die gerne als „Soft Skills“ eingefordert werden? Werte und Entwicklungen, die wichtiger sind als das Wissen um den Aufbau von Hexachloridmolekülen? Wo bleibt Bildung, bei der ein Satz wie: „Du lernst für dich und nicht für die Schule“ wahr ist? Wo bleibt die demokratisch kontrollierte Schule, die zum Umgang mit einer immer komplexer werdenden Welt befähigt, die subtilen Mechanismen von Politik, Medien und Manipulatoren zu durchschauen lehrt und doch auch Werte wie Solidarität und Mitmenschlichkeit, menschliche Wärme zu schätzen und zu geben lehrt?

Die tatsächliche Privatisierung und/oder organisatorische und inhaltliche Ausrichtung von Bildungsinstitutionen an marktwirtschaftlicher Verwertbarkeit sorgt für faktische Verdrängung kritischen Wissens und gesellschaftspolitischer Reflexivität. Gerade pädagogische Einrichtungen müssen im öffentlichen Interesse die Aufgabe, politische Bildung zu vermitteln, auch wahrnehmen können. Dies beinhaltet nicht nur den Schutz der Bildungsinstitutionen vor einseitiger Ausrichtung auf religiöse, ideologische oder eben auch wirtschaftliche Interessen, sondern erfordert auch eine Demokratisierung der Institutionen selbst: „embedded democracy“.

11. Demokratie und die soziale Frage

Nach der neoliberalen Logik werden jene öffentlichen Güter und sozialen Schutzinstitutionen privatisiert und unterminiert, die dem Einzelnen, wie der Gesellschaft insgesamt Halt und Zusammenhalt gegeben haben: Gesundheitswesen und solidarische Sozialversicherung, Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur. Unter Berufung auf leere öffentliche Kassen werden nahezu alle sozialstaatlichen Errungenschaften zur Disposition gestellt und in massiver Weise öffentliche Gelder für Aufgaben im Sinne des Gemeinwohls gekürzt. Soziale Gerechtigkeit ist ein fester Bestandteil von Demokratie, und das Vertrauen der Menschen in Demokratie hängt maßgeblich von den sozialen Voraussetzungen ab. Da die sozialen Ungerechtigkeiten jedoch mehr und mehr verschärft werden, gibt es auch einen hohen Vertrauensverlust in das System.

Eine jüngste umfassende Untersuchung (Wilkinson/Pickett 2010) belegt, dass das Glücksgefühl der Individuen abhängig ist von der wirtschaftlichen und rechtlichen Gleichheit der Menschen in einer Gesellschaft. Innerhalb des globalen Nordens ist das Leben nicht in den reicheren Ländern lebenswerter, sondern die Einkommensschere innerhalb eines Landes entscheidet über Lebenserwartung, Vertrauen und soziale Beziehungen, seelische und körperliche Gesundheit, schulische Leistungen, Gewalt und vieles andere. Das Rangeln um Macht und Einfluss, Konsum und Reichtum nimmt zu, je mehr sich Macht und Einfluss, Konsummöglichkeiten und Reichtum Einzelner vom Durchschnitt unterscheiden. In dem Land mit den größten Einkommensunterschieden, den USA, haben über Dreiviertel der Befragten erklärt, dass man grundsätzlich seinen Mitmenschen nicht trauen könne. In einer solchen Atmosphäre helfen auch die schönsten formalen Beteiligungs- und Abstimmungsmöglichkeiten nichts, hier wird keine demokratische Kultur entstehen.

Tatsächlich belegen weitere Studien, dass ungleiche Ressourcen zu ungleicher politischer Beteiligung führen. Seit Jahrzehnten wird hierzulande die soziale Schere aktiv auseinander getrieben – und doch verbleiben die Proteste auf niedrigem Niveau (anders als etwa bei „Mittelstandsthemen“ Anti-Atom, S21, Agrarskandal, Bildungsstreik, Vorratsdatenspeicherung). Demokratie sollte eigentlich dem Empowerment breiter Schichten dienen. Indem sich die Politik auf das „sozialpolitische Ausgabenproblem“ konzentriert, dabei aber die scheinbar naturgemäßen Einkommensunterschiede vor der Umverteilung bewahrt, wird es unmöglich gemacht, dieses Ziel zu erreichen.

Damit ist einem bürgerlich-liberalen Demokratieverständnis insoweit zu widersprechen, als es Demokratie und Marktwirtschaft als eng miteinander verbunden ansieht. Nach diesem Verständnis entsteht Gesellschaft, indem die Individuen auf dem Arbeitsmarkt ihren Platz suchen und sich ihre soziale Stellung ebenso wie ihr sozialer Einfluss danach bestimmt, wie erfolgreich sie dabei sind.

Es wäre genau umgekehrt zu fordern, dass ein sehr weitgehender sozialer Ausgleich geschaffen wird, der jedem Menschen deutlich macht, dass er in der Gesellschaft willkommen ist, ohne dass er sich einen Platz erkämpfen oder verdienen muss. Ein geeignetes Instrument dafür wird innerhalb Attac das bedingungslose Grundeinkommen diskutiert. Jedenfalls käme es darauf an, genau die Frage der sozialen Gerechtigkeit dem

demokratischen Prozess zu unterwerfen. Was sind denn eigentlich die Güter und Dienstleistungen, die für ein gutes Leben aller notwendig sind? Wie wollen wir sie produzieren? Wie viel Armut, wie viel Reichtum wollen wir Einzelnen zumuten oder erlauben? Wo die Menschen erleben, dass sie diese Fragen wirklich entscheiden können, wird ihre Identifikation mit der demokratischen Gesellschaft eine völlig andere sein als dort, wo sie wissen, dass Wahlen sowieso nichts ändern.

12. Neue Beteiligungsformen

Zunächst muss man feststellen, dass es sich mit den Beteiligungs- und Interventionsmöglichkeiten auf den politischen Ebenen von Gemeinde, Land, Bund und EU folgendermaßen verhält: Je höher der Handlungsspielraum bzw. die Bedeutung der jeweiligen Ebene ist, umso geringer ist die Möglichkeit der Partizipation. Konkret heißt das, dass auf EU oder Bundesebene so gut wie keine Partizipationsmöglichkeit vorhanden ist, gleichzeitig aber auf diesen Ebenen eine enorme Machtkonzentration stattfindet, die bis in die Städte und Dörfer hinein regiert.

Angestoßen von der Friedensbewegung mit ihren gewaltfreien Konfliktlösungsmethoden sowie den Erfordernissen zielführender Entscheidungsprozesse, vor allem auf kommunaler Ebene, entwickelten sich neben der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie direktere Beteiligungsmöglichkeiten. Vielfach wurden diese jedoch nur von relativ gut situierten und gebildeten Menschen mit entsprechenden kommunikativen Fähigkeiten genutzt.

Formen sind: Runde Tische, Mediationen in Planungsverfahren, Projektbeiräte, Bürgerhaushalte, Planungszellen, Bürgergutachten, Bürgerbegehren/Bürgerentscheide, Bürgeranträge in Bürgerversammlungen und weitere. Je nachdem sind über direkt beteiligte VertreterInnen von Interessengemeinschaften in diese Prozesse durch Rückkoppelung auch weitere Bevölkerungskreise eingebunden.

Über vermehrte Projekte wie „Zukunftswerkstätten Familienfreundliche Städte“ könnten auch beteiligungsscheue Menschen Zugang zu gesellschaftlichem Engagement finden. Dort werden zwar keine rechtsverbindlichen Beschlüsse gefasst, die Ergebnisse werden von den mitveranstaltenden Gemeinden jedoch gerne aufgegriffen und umgesetzt.

Auch wenn grundsätzliche Entscheidungen im parlamentarischen System getroffen werden, sind zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten sinnvoll. Unsere Mehrheitsdemokratie produziert immer auch VerliererInnen. Und diese sind mit ihrer Situation zunehmend unzufriedener und sollten mit ihren Bedürfnissen und Kompetenzen besser eingebunden werden.

Ein Problem stellt oft die unklare und nachrangige Entscheidungswirksamkeit von alternativen Planungsszenarien dar. Die Entscheidungswirksamkeit muss geklärt werden. Bei konkurrierenden Vorschlägen zwischen Mediation und Stadtrat muss gegebenenfalls ein Bürgerentscheid die Entscheidung bringen. Auch Runde Tische und Projektbeiräte sind nur ein Ausschnitt der Bevölkerung, der man im Zweifel das letzte Wort geben sollte.

BürgerInnenbeteiligungsverfahren werden missbraucht, wenn die Politik die Einnahmenseite des Staates (der Gemeinden) heruntergefahren hat und dann die

BürgerInnen über unliebsame Sparmaßnahmen entscheiden lässt. Auch auf die Einnahmenseite muss die Basis mehr Entscheidung bekommen.

13. Außerparlamentarische Bewegung

Historisch gesehen entstehen soziale Bewegungen rund um gesellschaftliche Problemlagen, die das herrschende politische System nicht oder nicht adäquat bearbeitet (hat). Speziell Bewegungen, die sich einen emanzipatorischen Wertekanon zugrunde gelegt haben, verfolgen nicht nur ihr bestimmendes Thema, sondern kultivieren auch viele Elemente gelebter partizipativer Demokratie. Soziale Bewegungen dieses Schlages gibt es vermehrt seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts und werden in der Literatur als „Neue Soziale Bewegungen“ bezeichnet (darunter fallen etwa die neue Frauen- und Friedensbewegung, die Bürgerrechts- oder auch die globalisierungskritische Bewegung). So zeigen sie sich als Avantgarde der außerparlamentarischen politischen Selbstermächtigung nach Außen und als Experimentierfelder für direkte, hierarchienivellierende Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse nach Innen. Attac mit seinem Netzwerkcharakter, der Parteienunabhängigkeit, seinem politischen Bildungsanspruch, seinen frechen Aktionen und dem Konsensprinzip ist hierfür ein geradezu mustergültiges Beispiel.

Eine Neue Soziale Bewegung (NSB) ist keine klar identifizierbare politische Instanz: Idealerweise entwickelt sie sich quer zu gesellschaftlichen Schichten und Funktionssystemen (wobei auch viele NSB dem Problem unterliegen, vor allem gebildete und gutsituierte Schichten anzusprechen). Auf diese Weise entfaltet sie eine nicht zu unterschätzende organische Gegenmacht und Gegenöffentlichkeit zum verkrusteten politischen System. Zugleich gerät aber jedes politische Handeln von und in NSB zum Balanceakt zwischen notwendiger Radikalität und Massen-Anschlussfähigkeit. Ausgehend von unserer Analyse eines zunehmenden Demokratienotstands, der das Wirken praktisch aller NSB betrifft, ergibt sich die besondere Herausforderung, dass Ziviler Ungehorsam zwar als zunehmend geboten erscheint, dabei aber auch mehrheitsfähig werden muss. Eine Erneuerung des Demokratischen kann wohl letztlich nur von außerparlamentarischen Bewegungen erzwungen werden - wie die Demokratiebewegungen in den nordafrikanischen Staaten oder auch die Montagsdemos in der DDR belegen. Die Stärkung einer Bewegung für Demokratie bedeutet eine Stärkung des Demokratischen überall.

14. Demokratie wofür?

Der demokratische Anspruch, selbst entscheiden zu wollen, was gut für uns ist, unterscheidet sich erheblich von dem, was wir in der Schule unter der Überschrift „Demokratie“ gelernt haben. Dort wurde Demokratie aus der formalen Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz begründet und rechtlich vor allem in der Form von Abwehrrechten gegen Staat und Nachbarn festgeschrieben. Das ist zwar wichtig, aber defizitär und selbst in der bürgerlichen Debatte längst überwunden.

Es gibt eine lange Tradition, die auf Entfaltungsrechte zielt, also darauf, das verwirklichen zu können, was für ein gutes Leben notwendig ist. Hier geht es um Bedürfnisse und das Recht auf ihre Befriedigung, und zwar für jede und jeden und für alle. Diese doppelte Formulierung ist von essenzieller Bedeutung, denn sie enthält sowohl die Ansprüche von „mir“ und „Dir“ (als Individuen) wie auch den Verweis auf die Gemeinsamkeit (hinter dem das Individualinteresse sonst verschwinden würde).

Wenn es also um das gute Leben aller und eines und einer jeden geht, wenn dafür die Frage zentral ist, was das denn eigentlich wäre, das gute Leben, und was dazugehört, wenn wir also in einem gesellschaftlichen Diskurs gemeinsame Bedürfnisse identifizieren müssen, dann ändert sich das Verständnis von Demokratie. Wird Demokratie nicht von der formalen Gleichheit, sondern von den konkreten Bedürfnissen her verstanden, dann ist niemandem damit gedient, dass eine Mehrheit in einem rechtsstaatlich gestalteten Prozess demokratisch entschieden hat und die unterlegene Minderheit das in ebenfalls gut geregelten Verfahren, bei Wahlen, Volksentscheiden oder vor den Gerichten, überprüfen und gegebenenfalls korrigieren kann. Dann geht es darum, nicht nur Recht zu haben, sondern es auch zu bekommen. Dann muss Demokratie auch und immer wieder als Aneignung organisiert werden. Es geht darum, die politischen Verhältnisse aktiv so zu gestalten, dass Menschen soziale Rechte nicht nur haben, sondern auch durchsetzen können.

Auch zu diesem Demokratieverständnis gehört ein Kontrollmechanismus. Er liegt nicht im Mehrheitsbeschluss, sondern im Konsens. Kein konkretes Bedürfnis ist von vorne herein schlechter als das andere, jedes ist in seiner jeweiligen Bestimmtheit berechtigt. Aber die Frage, wie wir ihre Befriedigung gestalten, muss gemeinsam geklärt und womöglich erstritten werden.

15. Wirtschaftsdemokratie

Aneignung schließt Demokratisierung der Wirtschaft mit ein. Das geht von lokalen bis hin zu globalen Entscheidungen. Es geht um demokratischen Einfluss auf die Gesellschaft, politische Gremien und auf Unternehmen. Je größer ein Unternehmen ist, je mehr Einfluss es auf die Gesellschaft hat, desto offensichtlicher ist die Notwendigkeit der Demokratisierung. Eigentum verpflichtet, Macht durch viel Eigentum darf nicht weiter dazu verwendet werden, die Freiheit und Ziele weiterer Betroffener und der Mehrheit zu untergraben (und Besitzer von Großvermögen fallen nicht unter Minderheitenschutz). Mehr gelebte Demokratie sorgt für mehr Transparenz. Wenn ein Unternehmen künftig Lobbyarbeit macht, dann sollen die Interessen der Besitzer gegenüber den Interessen anderer Betroffener eine deutlich geringere Rolle spielen und die Haltung gegenüber Parteien weitaus neutraler sein. Starker demokratischer Einfluss ist nicht nur bei Unternehmen der Daseinsvorsorge nötig (wo sich die Frage der Rekommunalisierung stellt), sondern auch bei vielen anderen; sei es aufgrund ihres Geschäftsfeldes (z.B. Gentechnik) oder ihrer schieren Größe. Wettbewerb spielt heute eine zu große Rolle, künftig müssen Kooperation und Vertrauen stärker werden; das fällt mit mehr Demokratie leichter.

Möglichkeiten der Wirtschaftsdemokratie sind demokratische Rahmenplanung, (direkt-) demokratisch erstellte Gesetze, Demokratie in Unternehmen. Bei demokratischer Rahmenplanung könnte der Umgang mit knappen Ressourcen (z.B. Rohstoffe, Energie) geregelt werden, der Umgang mit Wachstum oder Schrumpfung. Mit (direkt-) demokratischen Gesetzen können auf demokratischer Grundlage z.B. neue Regelungen für den Finanzmarkt erstellt werden (z.B. zur Finanztransaktionssteuer) oder Regelungen geschaffen werden, die kleinere und dezentrale wirtschaftliche Strukturen fördern. Bei Mitbestimmung und Demokratie direkt in großen oder „wichtigen“ Unternehmen kann man zum einen unterscheiden zwischen dem Weg, damit v.a. den Einfluss der Arbeitnehmer zu stärken und dem Weg, neben Arbeitnehmern und Anteilseignern weiteren Betroffenen bzw. der Bevölkerung direkt im Unternehmen Mitsprache zu geben (z.B. im Aufsichtsrat). Zum anderen geht es u.a. darum, wie man weitgehend demokratische Unternehmensformen wie z.B. Genossenschaften stärken und am Gemeinwohl orientiert weiterentwickeln kann. Außerdem ist zu beachten, welche Möglichkeiten sich aus den Tätigkeiten und Diskussionen der freien Softwarebewegung ergeben.

In Attac-Zusammenhängen werden Anliegen der Wirtschaftsdemokratie ja auch unter Begriffen wie Solidarische Ökonomie und Gemeinwohl-Ökonomie behandelt, zu denen es umfassende Konzepte gibt. Es ist wichtig, dass wir bewusst auch den Begriff Wirtschaftsdemokratie in Demokratie-Diskussionen inner- und außerhalb von Attac bringen, denn die Forderung nach mehr Demokratie ist in vielen Aktivitäten und den Medien präsent, die Notwendigkeit der Demokratisierung der Wirtschaft war bisher aber eher ein Randthema.

16. Demokratie & buen vivre

Das „Buen Vivir“ hat seine Ursprünge in verschiedenen indigenen Traditionen in Lateinamerika und wird heute auch als zivilgesellschaftliche Utopie und staatliches Projekt aus der kapitalistischen Dauerkrise gesehen.

Die Prinzipien des Buen Vivir, wie sie auch in die neuen Verfassungen Ecuadors und Boliviens aufgenommen wurden, stellen das menschliche Zusammenleben nach ökologischen und sozialen Normen ins Zentrum eines neuen Gesellschafts- und Entwicklungsparadigmas. Das Buen Vivir steht dabei für einen radikalen Bruch mit der allgegenwärtigen Verwertungs-, Einheits- und Wachstumslogik des Kapitalismus. Gutes Leben bedeutet dann mehr als wirtschaftliches Wachstum und materieller Wohlstand, wie es im „Gut Leben“ in den westlich-kapitalistischen Staaten der Fall ist.

Durch eine ganzheitliche Auffassung der Erde wird der Mensch als Teil der Natur begriffen. Fundamentaler Grundsatz des Buen Vivir ist ein gemeinschaftliches Leben im Einklang mit und nicht auf Kosten der Natur. Die Ausbeutung und Ausgrenzung von Ethnien soll einer Anerkennung und Wahrung kultureller Identitäten weichen. Der Begriff des Plurinationalen Staates nimmt dabei eine entscheidende Rolle ein.

Übersicht der fehlenden Punkte

Leider konnten wir nicht alle erwünschten Themen bis zum Redaktionsschluss verteilen / ausformulieren. Hier die Bereiche, die in der obigen Auflistung fehlen und bei Bedarf noch nacherarbeitet werden sollen.

2 Verbreitung Demokratie international

4. Demokratie in Europa

8. BürgerInnen- und EinwohnerInnenrechte

9. Medien

17. Globale soziale Rechte: Gemeinsame Kämpfe für das Demokratische